Eine falsche Klemme, 40.000 Haushalte – und die Energiewende wird zum Schadensfall

Ein technischer Defekt im schleswig-holsteinischen Hochspannungsnetz hat Mitte Oktober eine Kettenreaktion ausgelöst, deren Folgen weit über einen gewöhnlichen Stromausfall hinausreichen. Tausende Schadensmeldungen, beschädigte Wärmepumpen, ausgefallene Heizungssteuerungen und zerstörte Elektrogeräte offenbaren die Risiken einer Energiepolitik, die immer mehr Lebensbereiche von einer einzigen Infrastruktur abhängig macht. Während die Betroffenen um die Regulierung ihrer Schäden kämpfen, bleibt die grundsätzliche Bedeutung des Vorfalls in der bundesweiten öffentlichen Debatte weitgehend unbeachtet.

Es war Sonntagmorgen, der 18. Oktober 2026, als sich an der Westküste Schleswig-Holsteins ein Vorfall ereignete, der eigentlich bundesweit für erhebliche Aufmerksamkeit sorgen müsste. Gegen 9.31 Uhr kam es zu einer folgenschweren Störung im Hochspannungsnetz, die Teile von fünf Landkreisen erfasste und zeitweise bis zu 40.000 Haushalte von der Stromversorgung abschnitt. Was zunächst wie ein ungewöhnlich großer, aber technisch beherrschbarer Stromausfall erschien, entwickelte sich für zahlreiche Menschen zu einem handfesten Desaster. Denn die Versorgung fiel nicht einfach nur aus. Infolge massiver Überspannungen wurden elektrische Geräte und Anlagen beschädigt, darunter Wärmepumpen, Heizungssteuerungen und Wechselrichter von Photovoltaikanlagen. Auch Haushaltsgeräte, technische Einrichtungen in öffentlichen Gebäuden und gewerbliche Anlagen waren betroffen. Als der Strom wieder floss, war das Problem für zahlreiche Menschen deshalb keineswegs gelöst. Die elektrische Energie war zurück, doch die teure Technik, die damit betrieben werden sollte, funktionierte teilweise nicht mehr. Besonders bitter ist das für Hausbesitzer, deren Heizungsanlagen unmittelbar vor Beginn der kalten Jahreszeit beschädigt wurden.

Zehn Tage später präsentierte der Netzbetreiber Schleswig-Holstein Netz erste Ergebnisse seiner technischen Untersuchungen. Danach hatte an einem 110-kV-Freileitungsmast im Raum Itzehoe eine Verbindungsklemme versagt. Als mögliche Ursache wurde eine Klemme identifiziert, die nicht zum verwendeten Leiterdurchmesser passte. In der Folge riss ein Leiterseil, fiel auf einen Strommast und verursachte einen Kurzschluss. Die anschließenden Schutzschaltungen und Veränderungen der Netzstruktur führten zu außergewöhnlichen Spannungsverhältnissen, deren Auswirkungen weit über den ursprünglichen Fehlerort hinausreichten. In mehreren Umspannwerken entstanden Schäden, im Umspannwerk Friedrichstadt geriet sogar ein Überspannungsableiter in Brand. Die vollständige technische Abfolge ist Gegenstand weiterer Untersuchungen, doch die bisher bekannten Umstände reichen aus, um die Tragweite des Geschehens zu erkennen. Deutschland investiert gewaltige Summen in den Umbau seiner Energieversorgung, diskutiert über intelligente Stromnetze, Digitalisierung, Sektorenkopplung und eine möglichst umfassende Elektrifizierung seiner Volkswirtschaft. Gleichzeitig kann das Versagen einer einzelnen Verbindungsklemme im Zusammenspiel mit weiteren technischen Umständen eine Kettenreaktion auslösen, die Zehntausende Haushalte betrifft und erhebliche Sachschäden verursacht. Der Gegensatz zwischen dem technologischen Fortschrittsversprechen und der alltäglichen Verletzlichkeit seiner Infrastruktur könnte kaum anschaulicher sein.

Bis zum 28. Oktober waren bei Schleswig-Holstein Netz bereits rund 3.500 Schadensmeldungen eingegangen. Die tatsächliche Zahl der beschädigten Anlagen und die finanzielle Gesamthöhe der Schäden waren zu diesem Zeitpunkt noch nicht abschließend festgestellt. Inzwischen beschäftigte sich auch der zuständige Ausschuss des Kieler Landtags mit dem Vorfall. Dort ging es längst nicht mehr allein um die technische Ursache, sondern vor allem um die Frage, wer die entstandenen Schäden bezahlt. Der Netzbetreiber kündigte an, sämtliche Meldungen individuell zu prüfen, und verwies unter anderem auf die verschuldensunabhängige Haftung nach dem Produkthaftungsgesetz. Diese ist allerdings an bestimmte Voraussetzungen gebunden. Bei der vom Unternehmen erläuterten Regulierung spielen unter anderem eine Wertgrenze von 5.500 Euro und eine Selbstbeteiligung von 500 Euro eine Rolle. Für die betroffenen Hausbesitzer beginnt damit möglicherweise eine langwierige Auseinandersetzung über Reparaturkosten, Zeitwerte, Wiederbeschaffungskosten und die Frage, welche Ansprüche ihnen tatsächlich zustehen. Wer vor einigen Jahren eine Wärmepumpe für mehrere Zehntausend Euro installieren ließ, dürfte wenig Verständnis dafür aufbringen, wenn er nach einem Fehler im öffentlichen Stromnetz auch noch um eine vollständige Entschädigung kämpfen muss. Besonders problematisch wird es, wenn beschädigte elektronische Komponenten nicht kurzfristig ersetzt werden können oder Reparaturen zusätzliche Fragen hinsichtlich der Herstellergarantie aufwerfen. Schließlich geht es bei einer Heizungsanlage nicht um irgendein beliebiges Haushaltsgerät, auf das man vorübergehend verzichten könnte.

Genau an dieser Stelle erhält der Vorfall seine eigentliche energiepolitische Bedeutung. Seit Jahren wird den Menschen in Deutschland erklärt, die Zukunft der Wärmeversorgung sei elektrisch. Wärmepumpen werden mit erheblichen staatlichen Mitteln gefördert, während herkömmliche Öl- und Gasheizungen politisch und regulatorisch zunehmend zurückgedrängt werden. Zahlreiche Hausbesitzer haben bereits hohe Summen investiert, teilweise auch deshalb, weil sie sich angesichts der gesetzlichen Vorgaben und politischen Ankündigungen unter Handlungsdruck sahen. Die Wärmepumpe wird dabei als besonders moderne und zukunftsfähige Technologie angepriesen. Über ihre Abhängigkeit von einer jederzeit verfügbaren und qualitativ einwandfreien Stromversorgung wird dagegen erheblich weniger gesprochen. Natürlich benötigen auch moderne Öl- und Gasheizungen elektrische Energie für ihre Steuerungen und Umwälzpumpen. Ihre eigentliche Heizenergie beziehen sie jedoch aus einem anderen Energieträger. Bei einer Wärmepumpe ist das anders. Sie benötigt Strom nicht nur für den Betrieb ihrer elektronischen Komponenten, sondern auch für die eigentliche Wärmeerzeugung. Fällt die Stromversorgung aus, steht die Heizung. Werden durch eine Überspannung empfindliche Bauteile beschädigt, bleibt sie unter Umständen auch dann noch außer Betrieb, wenn der Netzbetreiber die Versorgung längst wiederhergestellt hat. Aus einer zeitlich begrenzten Unterbrechung der Stromversorgung kann dadurch ein länger andauernder Heizungsausfall mit erheblichen finanziellen Folgen werden.

Das Problem beschränkt sich keineswegs auf Wärmepumpen. Mit jeder zusätzlichen elektrischen Anwendung wächst die Bedeutung des Stromnetzes für das Funktionieren unserer Gesellschaft. Photovoltaikanlagen benötigen Wechselrichter und Steuerungstechnik, Elektrofahrzeuge eine funktionierende Ladeinfrastruktur und industrielle Produktionsprozesse immer häufiger elektrische Energie, Leistungselektronik und komplexe Steuerungssysteme.

Die politisch forcierte Elektrifizierung führt damit zu einer zunehmenden Konzentration unterschiedlichster Versorgungsaufgaben auf eine gemeinsame Infrastruktur. Genau darin liegt ein Risiko, das in der energiepolitischen Diskussion bisher viel zu wenig Beachtung findet. Früher verteilten sich wesentliche Teile unserer Energieversorgung auf verschiedene Energieträger und technische Systeme. Erdgas und Heizöl versorgten Gebäude mit Wärme, Benzin und Diesel ermöglichten Mobilität und Güterverkehr, während Strom zahlreiche weitere Anwendungen und industrielle Prozesse abdeckte. Diese Systeme waren nicht vollständig voneinander unabhängig, doch ihre unterschiedliche technische und energiewirtschaftliche Struktur sorgte zumindest für eine gewisse Diversifizierung. Mit dem politischen Ziel, möglichst viele dieser Anwendungen zu elektrifizieren, werden solche Unterschiede zunehmend beseitigt. Die Bundesregierung spricht dabei von Fortschritt und Transformation. Tatsächlich entstehen jedoch auch neue Abhängigkeiten, die bei einer ernsthaften Betrachtung der Versorgungssicherheit berücksichtigt werden müssten.

Für mittelständische Unternehmen besitzt diese Entwicklung eine besondere Tragweite. Anders als ein Privathaushalt kann ein produzierender Betrieb die Folgen beschädigter elektrischer Infrastruktur häufig nicht auf den Austausch einzelner Geräte begrenzen. Fallen Steuerungen, Produktionsanlagen, Kühlaggregate oder andere technische Einrichtungen aus, entstehen neben den unmittelbaren Reparaturkosten möglicherweise erhebliche Produktionsausfälle. Liefertermine können nicht eingehalten werden, Kunden müssen vertröstet werden und im schlimmsten Fall gehen Aufträge verloren. Je stärker industrielle Prozesse elektrifiziert und digital miteinander vernetzt werden, desto größer kann die Abhängigkeit von der Qualität und Stabilität der elektrischen Versorgung werden. Moderne Schutztechnik und betriebliche Vorsorgemaßnahmen können solche Risiken begrenzen, vollständig beseitigen lassen sie sich jedoch nicht. Für ein mittelständisches Unternehmen, das ohnehin unter hohen Energiepreisen, internationalem Wettbewerbsdruck und einer schwachen wirtschaftlichen Entwicklung leidet, können zusätzliche Versorgungsschäden zu einer erheblichen Belastung werden. Eine Energiepolitik, die immer neue elektrische Anwendungen fordert, müsste deshalb gleichzeitig gewährleisten, dass die hierfür notwendige Infrastruktur den wachsenden Anforderungen zuverlässig gerecht wird. Vor allem müsste sie offen über die wirtschaftlichen Konsequenzen sprechen, wenn diese Voraussetzung einmal nicht erfüllt wird.

Umso bemerkenswerter ist die geringe bundesweite Aufmerksamkeit, die der Vorfall bislang erfährt. Regional haben insbesondere der NDR und verschiedene Zeitungen ausführlich darüber berichtet, und auch einzelne überregionale Nachrichtenangebote haben das Ereignis aufgegriffen. Eine breite öffentliche Debatte über die grundsätzlichen Risiken der fortschreitenden Elektrifizierung ist daraus jedoch bislang nicht entstanden. Dabei betrifft die zugrunde liegende Problematik Millionen Menschen, die bereits Wärmepumpen und Photovoltaikanlagen besitzen oder über entsprechende Investitionen nachdenken. Auch für Unternehmen, die ihre Produktionsprozesse zunehmend elektrifizieren sollen, ist der Vorfall von erheblicher Bedeutung. Man stelle sich nur vor, welche politische Aufmerksamkeit eine vergleichbare Störung erfahren würde, wenn Tausende Haushalte durch einen Fehler in einer Gasversorgungsanlage Schäden an ihren Heizungen erlitten hätten. Die Frage nach Verantwortlichkeiten, technischen Sicherheitsstandards und den wirtschaftlichen Folgen wäre vermutlich Gegenstand einer intensiven öffentlichen Diskussion. Bei einem großflächigen

Stromausfall mit erheblichen Schäden an elektrischen Anlagen bleibt die Berichterstattung dagegen weitgehend auf die regionale Dimension beschränkt. Dabei müsste gerade die Politik, die die Elektrifizierung unserer Wärmeversorgung und zahlreicher weiterer Lebensbereiche mit so großem Nachdruck vorantreibt, ein besonderes Interesse an der Aufarbeitung solcher Ereignisse haben.

Die vorläufigen technischen Untersuchungen liefern übrigens keine Hinweise darauf, dass eine außergewöhnliche Einspeisung erneuerbarer Energien den Vorfall ausgelöst hätte. Ausgangspunkt war vielmehr ein Defekt im Hochspannungsnetz. Gerade das macht die Angelegenheit so aufschlussreich. Es bedurfte keiner Dunkelflaute, keiner Energieknappheit, keines Zusammenbruchs der Stromerzeugung und keiner geopolitischen Krise, um erhebliche Schäden an der elektrischen Infrastruktur und den angeschlossenen Anlagen auszulösen. Ein vergleichsweise unscheinbarer technischer Defekt genügte, um eine Kettenreaktion mit weitreichenden Folgen in Gang zu setzen. Daraus ergibt sich eine grundsätzliche Frage, die weit über Schleswig-Holstein hinausreicht: Welche wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen werden vergleichbare Ereignisse künftig haben, wenn noch wesentlich mehr Gebäude, Fahrzeuge, Produktionsprozesse und lebenswichtige Einrichtungen von derselben elektrischen Versorgungsinfrastruktur abhängig sind? Wer eine Energieversorgung nach politischen Zielvorstellungen grundlegend umgestalten will, muss sich mit dieser Frage beschäftigen, bevor immer weitere bewährte Versorgungsstrukturen verdrängt werden.

Für die Mittelstandsvereinigung Energie e. V. bestätigt der Vorfall eine grundsätzliche Kritik an der deutschen Energiepolitik. Die politische Konzentration auf die Elektrifizierung immer weiterer Lebens- und Wirtschaftsbereiche greift zu kurz, wenn Versorgungssicherheit, technische Widerstandsfähigkeit und wirtschaftliche Risiken nicht mit derselben Konsequenz berücksichtigt werden wie die angestrebten energiepolitischen Ziele. Eine leistungsfähige Volkswirtschaft benötigt eine zuverlässige, bezahlbare und möglichst widerstandsfähige Energieversorgung. Dazu gehört aus unserer Sicht auch die bewusste Erhaltung unterschiedlicher Energieträger und Versorgungsstrukturen, anstatt funktionierende Alternativen aus ideologischen Gründen zurückzudrängen. Eine moderne Technologie ist nicht allein deshalb ein Fortschritt, weil sie politisch erwünscht ist. Sie muss ihre Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auch unter realen Bedingungen beweisen. Die Menschen an der Westküste Schleswig-Holsteins erleben derzeit sehr unmittelbar, welche Folgen es haben kann, wenn die elektrische Infrastruktur versagt und dadurch zugleich die von ihr abhängigen Anlagen beschädigt werden. Während sie sich mit Reparaturen, Entschädigungsfragen und ausgefallenen Heizungen beschäftigen müssen, sollte sich die deutsche Energiepolitik mit einer wesentlich grundsätzlicheren Erkenntnis auseinandersetzen: Eine Volkswirtschaft wird nicht automatisch sicherer, wenn sie immer mehr ihrer lebenswichtigen Funktionen von einem einzigen Versorgungssystem abhängig macht. Sie wird zunächst einmal abhängiger. Und Abhängigkeit sollte niemand ernsthaft mit Fortschritt verwechseln.